

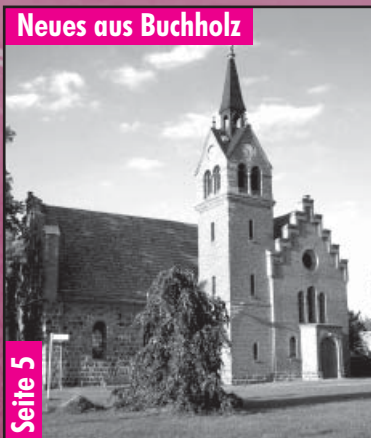


Wohnen



Seite 3/4

Neues aus Buchholz



Seite 5

Schulpolitik



Seite 6

Aus BVV und Ausschüssen

Eine Stunde nachsitzen



Weil sich die Tagesordnung der 17. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 9. Juli als etwas zu ambitioniert erwies (Katja Haese berichtete in der „extraDrei“, Juli-August), kamen die Pankower Bezirksverordneten am 10. September zusammen, um den verbliebenen Rest zu erledigen.

Dieser „Rest“ bestand aus vier Anträgen, die ein typisches Panorama dessen bildeten, was uns in der BVV Pankow immer wieder begegnet.

1. Akt: „Große Politik“. Bühne frei für die FDP! Hinter der Forderung, die Tempo-30-Abschnitte auf Hauptverkehrsstraßen einer Prüfung zu unterziehen, wurde sehr schnell die eigentliche Intention des Antrags deutlich: Abschaffung der Tempo-30-Zonen. Deutliche Ablehnung von Linksfraktion, SPD und Grünen.

2. Akt: „Gute Idee, vielleicht.“. Von der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen kam der Antrag, diejenigen Träger, die bezirkliche Förderung erhalten, zu verpflichten, ihre Angebote im Internet kenntlich zu



machen. Was für mehr Transparenz sorgen soll, ist aber vielleicht eine zu hohe Belastung für kleinere Projekte - der Antrag wurde in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

3. Akt: „Populismus pur“. Darüber, dass sich das Bezirksamt bemüht, das nötige Geld für einen Ersatz der defekten Fontäne vom Weißen See aufzutreiben, hatte der Bezirksbürgermeister die BVV unterrichtet. Das brachte die FDP auf den Gedanken, einen Antrag mit dieser Zielrichtung einzubringen - schließlich ließe sich später behaupten, die FDP hätte Weißensee

sein Wahrzeichen wiedergegeben. 4. Akt: „Was sein muss, muss sein!“ Der vom für Verbraucherschutz zuständigen Ausschuss eingebrachte Antrag, drei dringend benötigte Lebensmittelkontrolleure nach ihrer Probezeit dauerhaft zu übernehmen, wurde einstimmig beschlossen - Lebensmittelsicherheit darf schließlich keine „Verschiebemasse für Haushaltsüberlegungen“ sein, wie Wolfram Kempe aus der Linksfraktion in seiner Rede vor der BVV formulierte.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

Neue Townhouses - steigende Mieten



Wer heute durch den Bezirk geht, sieht immer mehr teurere Wohnungsneubauten, vor allem in Prenzlauer Berg.

In der Greifswalder Straße entstehen die Wingärten. Der Quadratmeter Wohnfläche wird 3.000 Euro kosten.

Die Liste ähnlicher Luxusbau- und Modernisierungsvorhaben im Bezirk ist groß. Sie führen seit Jahren zu Mietsteigerungen. So sind Vorhaben im Bau oder in Planung auf dem ehemaligen Viehhof an der Landsberger Allee, die Prenzlauer Gärten in der Straße Am Friedrichshain, der Fröbelplatz an der Danziger Straße, in der Galenusstraße, in den ehemaligen Krankenhausgebäuden in Buch, im Eschengraben, am Kollwitzplatz in der Belforter Straße, in der Gummifabrik in Weißensee oder in der Keramikfabrik in Pankow.

In der Schwedter Straße investieren die italienische Designerin

Giovanna Stefanel-Stoffel und ihr Mann Ludwig Maximilian Stoffel 65 Millionen Euro auf 12.000 Quadratmetern für Townhouses, Garden Houses und Loggia-Villen. 500 Menschen sollen in dieses hohe Preissegment ziehen. Der Kaufpreis liegt bei 3.000 bis 6.000 Euro pro Quadratmeter.

In den nächsten Jahren werden die einzelnen Sanierungsgebiete im Bezirk aufgehoben. Das Ziel, die angestammte Bevölkerung mit Hilfe von Mietobergrenzen zu halten, konnte nicht erreicht werden. Eine neue Studie über den Kollwitzplatz besagt, dass ca. 70 Prozent der Mieter weggezogen sind und dass das enorm erhöhte Netto-Haushaltseinkommen jetzt vergleichbar ist mit dem in Steglitz-Zehlendorf. Nicht selten werden hier Mieten nach teurer Sanierung von Zehn bis 15 Euro netto pro Quadratmeter gezahlt.

Aus ihren angestammten Wohn-

quartieren wurden vor allem die Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Rentner durch steigende Mieten verdrängt. Weitere 20 Prozent der Haushalte sind kaum noch in der Lage, Mieterhöhungen zu verkraften. Ein Normalverdienender kann sich Wohnraum in Prenzlauer Berg und, wenn es so weiter geht, bald im gesamten Bezirk - ausgenommen in Karow und Buch - gar nicht mehr leisten.

Dies wirft grundsätzlich die Frage auf, wie künftig die Politik die Wohnraumversorgung für Geringverdiener sicherstellen will. Da das Land kein Geld hat, sind dem Bezirk die Hände für den Erlass von Satzungen zur direkten Einflussnahme auf private Bauvorhaben gebunden. Die Bauanträge zur Luxussanierung sind auf einfache Weise jedenfalls nicht zu verhindern.

Thomas Goetzke
Bezirksverordneter

Das Interview: Soziale Verdrängung im Bezirk

Luxus-Wohnen

extradrei sprach mit Andrej Holm, Sozialwissenschaftler und Lehrbeauftragter an der Berliner Humboldt-Universität und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Humangeographie der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main:

Die Schere zwischen Arm und Reich geht in unserer Gesellschaft immer weiter auseinander. Wird das Wohnen für Ärmere in Zukunft unbezahlbar werden?

Wohnen wird ja zu Recht als eines der zentralen Grundbedürfnisse in unserer Gesellschaft angesehen und

bauliche und infrastrukturelle Verbesserungen realisiert. Das ist natürlich zu begrüßen, denn eine Verbesserung der Wohnbedingungen sollte das Ziel jeder vernünftigen Stadtpolitik sein.

Doch die durch die Modernisierungen ausgelösten Mobilitätsprozesse und sozialstrukturellen Veränderungen sind problematisch. In den Sanierungsgebieten mussten wir einen überproportionalen Wegzug von einkommenschwächeren und bildungsfernen Haushalten konstatieren. Die Zuzügler der letzten Jahre sind nicht immer reich, aber zumindest bereit und in der Lage die

wohnungen oder für das gehobene Mietsegment geplant. Als eine Art dritte Welle der Gentrifizierung wird dabei die Aufwertung der Nachbarschaften weiter vorangetrieben und zumindest einzelne Viertel im Bezirk werden dadurch als Adressen des Luxuswohnens etabliert. Das wird auch für die unmittelbaren Nachbarschaften mittelfristig nicht ohne Folgen bleiben.

Die Bezirkspolitik hat mit den Beschlüssen zu längerfristigen Mietobergrenzen Mieter mit geringen Einkommen vor Verdrängung schützen wollen. Ist diese Strategie in Anbetracht des Bevölkerungsaustausches gescheitert?

Wir können die sozialen Interventionen der Sanierungspolitik grob in drei Phasen teilen: eine öffentliche Förderung der Modernisierung in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, die Verdrängungsprozesse deutlich einschränken konnte; die Steuerung durch Mietobergrenzen bis etwa zur Jahrtausendwende, die zu einer Individualisierung des Verdrängungsschutzes führte und nicht von allen genutzt werden konnte; sowie die aktuelle Phase der fast ungebändigten Marktsanierung, die durch ein hohes Maß an Interessenskonflikten zwischen Investoren und Bewohnern geprägt sind.

Wenn es um den angesprochenen Bevölkerungsaustausch geht, sind Mietobergrenzen nur ein Element. Im Zusammenspiel mit anderen Regulationsinstrumenten können sie durchaus sinnvoll sein.

Welche Möglichkeiten haben Bewohner und Initiativen sich gegen Verdrängung zu schützen?

Das wäre ein eigenes Gesprächsthema wert, aber kurz zusammengefasst: Organisierte Unterstützung durch die Mitgliedschaft in Mieterorganisationen, nachbarschaftliche Kollektivität bei Auseinandersetzungen mit Eigentümern und Investoren sowie die Politisierung scheinbar privater Auseinandersetzungen könnten als Erfolgsrezept angesehen werden. Daneben sind natürlich die politischen Machtverhältnisse in den Bezirken und auf städtischer Ebene entscheidend, wenn es darum geht eine soziale Stadt- und Sanierungspolitik zu praktizieren.

Interview:

Andreas Bossmann



Showroom Marthashof

eben dies macht ärmere Haushalte auch so erpressbar, wenn es um die Wohnkosten geht - gewohnt wird eben immer.

Die Frage ist also weniger, wird Wohnen unbezahlbar, sondern vielmehr, zu welchen Konditionen und mit welchen Einschränkungen sozial abgehängte Bevölkerungsgruppen künftig wohnen werden. Die sozialräumlichen Polarisierungen der vergangenen Jahre lassen sich in diesem Zusammenhang als eine Wiederkehr des Zwei-Klassen-Wohnens aus finsterner Vergangenheit interpretieren. Gute Wohnungen und Wohnlagen für die Besserverdienenden und Formen des Discountwohnens für die Armen.

Mehrere Sanierungswellen sind über den Prenzlauer Berg hinweggegangen. Wie hat sich die Bevölkerungsstruktur gewandelt und wie bewerten Sie diese Veränderungen?

Durch die Stadterneuerung der vergangenen Jahre wurden enorme

steigenden Wohnkosten zu bezahlen. Insbesondere in den privatfinanzierten Modernisierungshäusern gehören die Mieten inzwischen zu den höchsten der Stadt. Die für Berlin einmalige Konzentration auf die Altersgruppe der 25- bis 45-Jährigen hat zudem eine generative Monostruktur hervorgebracht, die sich langfristig zu einer demografischen Zeitbombe entwickeln kann.

Im neuen Luxuswohnprojekt „Marthashof“ in der Schwedter Strasse werden Wohnungen zum Quadratmeterpreis von 3.000 Euro angeboten. Bedeutet das eine neue Stufe der Gentrifizierung des Ortsteils?

Ja, das Projekt „Marthashof“ wie auch die ersten Beispiele für „gated communities“ in Prenzlauer Berg zeigen an, wohin die wohnungswirtschaftliche Reise des Bezirks geht. Die vielen Neubauprojekte der letzten Jahre sind fast ausschließlich als Eigentums-

Bund will Zwangsumzüge für Langzeitarbeitslose

Angriff auf Berliner Wohnungsregelung

Die Berliner Wohnungsregelung (AV Wohnen) verfolgt das Ziel, Langzeitarbeitslosen so lange wie möglich, den Verbleib in ihrer gewohnten Umgebung und ihrem sozialen Umfeld zu ermöglichen.

So überprüfen die Job-Center erst ein Jahr nach dem Beginn des Hartz IV-Bezugs die Höhe der Wohnungskosten und können dann, wenn nötig, Kostensenkungen fordern. Zuvor muss sowohl eine Überprüfung der Betriebskosten als auch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durchgeführt werden. Letztere dient dazu, Umzüge, die teurer sind als die Weiterzahlung der existierenden Miete, auszuschließen.

Darüber hinaus schützen eine Fülle von Ausnahmeregelungen für Alleinerziehende, Ältere, Menschen mit Behinderung oder Menschen, die schon sehr lange in ihrer Wohnung wohnen, vor erzwungenen Umzügen.

In Berlin leben viele Langzeitarbeitslose, nämlich rund 600.000 Menschen in etwa 331.000 Bedarfsgemeinschaften. Dennoch waren im letzten Jahr nur 680 Umzüge zu verzeichnen. Mögliche Auswirkungen für den Einzelfall sind nicht zu unterschätzen, aber trotzdem ist die Zahl im Verhältnis zu der Zahl der Bedarfsgemeinschaften gering.

Jetzt hat der Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestags den Bundesarbeitsminister Scholz (SPD) aufgefordert, auf Berlin hinzuwirken, die Frist zur Überprüfung der Kosten der Unterkunft zu verkürzen. Der Beschluss erfolgte mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU, den Grünen sowie der FDP gegen die Stimmen der LINKEN.

Schon im letzten Jahr hat der Landesrechnungshof die Berliner Wohnungsregelung kritisiert. Auch hier ging es um die Jahresfrist. Die Kritik wurde vom Bundesrechnungshof und später vom Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages übernommen. Dabei wurde unterstellt, dass Berlin für die Kosten der Unterkunft 30 Millionen Euro zu viel zahle. Diese Zahl resultiert aus Überprüfungen des Berliner Rechnungshofes im Jobcenter

Friedrichshain-Kreuzberg. Sie wurde auf die ganze Stadt übertragen und hochgerechnet. Eine solche Berechnung halten wir für unseriös und nicht belastbar.

Die Ein-Jahres-Übergangsfrist ist sinnvoll. DIE LINKE will Lang-



zeitarbeitslosen die Möglichkeit geben, ihre Anstrengungen darauf zu konzentrieren, wieder eine existenzsichernde Beschäftigung zu finden. Untersuchungen belegen, dass im ersten Jahr des Hartz IV-Bezugs die Chance einen Job zu finden viel größer ist als danach.

Auch hält DIE LINKE die Wohnungsregelung stadtentwicklungs-

und gesellschaftspolitisch für sehr wichtig. Statt Langzeitarbeitslose zum Umzug zu drängen, wollen wir die Bevölkerungsvielfalt in den Wohnquartieren erhalten und Ausgrenzungen verhindern. Es ist unsinnig, Millionenbeträge in Quartiersmanagement und ähnliche Projekte zu stecken, wenn gleichzeitig durch eine restriktivere Wohnungsregelung das Ziel einer gemischten Bevölkerungsstruktur unterlaufen wird.

Deshalb will auch DIE LINKE, dass die Wohnungsregelung überprüft wird. Aber für uns stellt sich dabei die Frage, ob die Richtwerte für die Kosten der Unterkunft angemessen sind und unseren sozial- und stadtentwicklungspolitischen Vorgaben angesichts der enorm gestiegenen Betriebskosten noch entsprechen.

Denn schon jetzt ist es so, dass die Richtwerte aus der geltenden AV Wohnen nur noch in wenigen Gebieten Berlins ausreichen, dass Hartz-IV-Bezieher Wohnungen neu mieten können. In Pankow zum Beispiel gelingt das nur noch in Teilen von Karow und Buch. Die Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (DIE LINKE) wird dem Senat einen Entwurf zur AV Wohnen vorgelegen.

Elke Breitenbach
Mitglied des Abgeordnetenhauses

PLZ	Wohnkosten kalt in €/Monat	Wohnkosten kalt in €/Monat	Wohnkosten warm in €/Monat	Haushaltsnettoeinkommen in €/Monat	Kaltmiete in % des Haushaltsnettoeinkommens	Warmmiete in % des Haushaltseinkommens
10247	5,99 (85)	432 (86)	576	1.593 (135)	27,1 (57)	36,2 (62)
10405	7,38 (20)	753 (8)	914	1.679 (119)	44,8 (2)	54,4 (29)
10407	7,21 (24)	499 (52)	638	1.828 (87)	27,3 (55)	34,9 (75)
10409	6,04 (81)	375 (129)	499	1.540 (139)	24,3 (92)	32,4 (105)
10435	7,77 (12)	563 (26)	709	1.781 (93)	31,6 (18)	39,8 (34)
10437	7,14 (26)	504 (51)	646	1.535 (140)	32,8 (14)	42,1 (23)
10439	6,12 (70)	413 (99)	548	1.655 (123)	24,9 (78)	33,1 (96)
13086	5,66 (103)	392 (117)	531	1.758 (103)	22,3 (118)	30,2 (123)
13088	5,33 (126)	388 (122)	534	1.773 (98)	21,9 (122)	30,1 (125)
13089	5,74 (95)	425 (91)	590	2.617 (18)	16,3 (179)	22,5 (177)
13125	4,80 (169)	361 (144)	528	2.012 (51)	18,0 (171)	26,3 (165)
13127	5,24 (139)	405 (106)	577	1.999 (55)	20,3 (146)	28,9 (141)
13129	5,80 (93)	425 (90)	588	2.338 (33)	18,2 (169)	25,2 (169)
13156	6,03 (82)	450 (69)	616	1.884 (74)	23,9 (99)	32,7 (102)
13158	6,21 (64)	462 (64)	627	1.957 (62)	23,6 (104)	32,0 (107)
13159	5,90 (88)	433 (85)	595	2.371 (30)	18,2 (168)	25,1 (170)

„Quelle: GSW Wohmarktbericht März 2008“

Neues aus Französisch-Buchholz

In Tomaten gerechnet

Die Mitglieder des Ausschusses Gleichstellung und Integration der BVV besuchten den Interkulturellen Garten in Französisch-Buchholz. Aber man sah vorerst nur ein Fleckchen Grün zwischen zwei Neubaulöcken. Dass die Durchsetzung der Idee – „Hier können Familien unterschiedlicher Nationen GEMEINSAM gärtnern, entspannen und feiern...“ – problematisch ist, konnte man zunächst nicht erahnen.

Es besteht nämlich das Problem der „Mitgliederwerbung“. Die Integrationsbeauftragte des Bezirks, Frau Wüsten, bestätigte, dass die Nutzung der Parzellen erfolglos den dortigen Spätaussiedlern angeboten wurde. Die Projektleiterin des Aktivspielplatzes „Franz.-B“ in der Blankenfelder Straße, Frau Rose, zeichnete ein noch klareres Bild vom sozialen Milieu in Französisch-Buchholz: Der Spielplatz findet eine hohe Akzeptanz bei Kindern, deren Eltern Spätaussiedler sind, aber auch aus Griechenland, Serbien, Italien und Kuba kommen. Geprägt sind all diese Kinder von Armut. Um Staufelmieten zu entkommen, ist perma-

nenter Umzug in die nächst billigere Wohnung angesagt. Daraus entsteht noch mehr Heimatlosigkeit. 65 Prozent der Kinder sind von der Lernmittelaufzahlung befreit. Sie sehen im Aktivspielplatz ihre zweite Heimat.

Im Spiel spiegelt sich das reale Leben wider. Unaufgefordert wählte sich die Gruppe einen Bürgermeister! Dieser kleine Junge und seine Stadträte kümmern sich rührend um alle Probleme dieser kleinen Stadt und ihrer Bürger. Interessant ist auch, was sich noch dort befindet. Nicht etwa Einkaufszentrum, nein Ämter! So gibt es ein Arbeitsamt, ein Jobcenter und ein Rathaus.

Eine weiterhin beliebte unbewusste Nachahmung von Eltern und deren Wünsche ist das Bauen von Häusern und Anlegen von Gärten. Die Kinder wollen das von ihnen bebaute Stückchen Erde als ihr eigenes empfinden und es nicht verlassen. Das führt uns wieder zum Interkulturellen Garten. Dort wäre die Möglichkeit, zu bauen und zu gärtnern. Aber für die Familien und die damit verbundenen Lebensgewohnheiten sind die Par-



Spielplatz „Franz.-B“

zellen zu klein. Sie ernähren einfach nicht 15 serbische Familienmitglieder, ohne die benachbarten italienischen Tomaten verfrüht zu Ketchup zu verarbeiten.

Entscheidender ist aber, dass sich die Familien die monatliche Nutzungsgebühr von 17 Euro nicht leisten können. Ein reales Rechenbeispiel ist: Für 17 Euro kann ich für meine Familie einen Monat lang Tomaten kaufen. Das gibt der Garten nicht her. Scheinbar ein Teufelskreis mit einem Gordischen Knoten.

Diese Sitzung hat alle Ausschussmitglieder berührt. Auch wenn wir noch keine Lösung haben, wir arbeiten daran!

Gabi Kuttner
Bezirksverordnete

Für alle offen

Das Nachbarschaftszentrum (NBZ) „AMTSHAUS BUCHHOLZ“ wurde vor 15 Jahren vom Freien Träger Bürgerhaus e.V. gegründet, um im Ortsteil Französisch Buchholz Gemeinwesenarbeit zu leisten.

Es wird durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und das Bezirksamt Pankow gefördert. Neben den sozialen, kulturellen, sportlichen und musischen Angeboten ist die Vernetzung mit den Einrichtungen im Ort (und darüber hinaus) ein wichtiger Bestandteil der Arbeit.

Die Angebote im NBZ werden von den Nutzern und den Wünschen und Bedürfnissen der Einwohner bestimmt. Vor allem musische und sportliche Kurse haben großen Zuspruch. Darüber hinaus wird unser Service- und Beratungsangebot gerne in Anspruch genommen. Regelmäßig finden Workshops, Informationsveranstaltungen, Lesungen und Feste statt. Auch hier werden Wünsche und Ideen der Buchholzer

berücksichtigt. Die Räume und das Know-how des NBZ stehen allen offen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, einem Hobby nachgehen oder sich mit Freunden oder Gleichgesinnten treffen wollen.

Der Bürgerverein „Französisch Buchholz“, die Volkshochschule, ein Projekt der ehrenamtlichen Nachbarschaftsbibliothek (Büchertisch Pankow), der Schülerclub „SPIEL UNKE“, die Fahrradselbsthilfewerkstatt haben unter dem großen Dach des NBZ ein Domizil gefunden. Darüber hinaus besteht eine enge Kooperation mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO).

Seit Jahren ist das „AMTSHAUS BUCHHOLZ“ Mitorganisator des Stadtteilstreffes „Buchholzer Frühling“ und Gastgeberorganisation der KIEZ AKTIV KASSE. Haupt- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen haben das Projekt „Nachbarn für Nachbarn“ ins Leben gerufen und den Interkulturellen Garten in Französisch Buchholz mit auf-



Nachbarschaftszentrum Buchholz

gebaut. Aber auch neue Aktivitäten sind geplant. So geben wir noch im Jahr 2008 eine Lokalzeitung heraus. Sie ist ein Gemeinschaftsprojekt der kommunalen und freien Einrichtungen vor Ort. Im September eröffnet unser neues Familiencafé. Ein neuer „Barfußraum“ wird noch mehr Eltern – Kind – Kurse ermöglichen. Und zusätzliche Angebote für Jung & Alt haben die generationsübergreifende Familienbildung zum Ziel. Weitere Informationen finden Sie unter www.amtschau-buchholz.de

Daniela Bolscho

Start für die Gemeinschaftsschule

Es geht los!

Mit Schuljahresbeginn am 1. September 2008 beginnen in Berlin elf Gemeinschaftsschulen mit dem Unterricht. Die Schüler werden



Schulstandort Gudvanger Straße

dort nicht nach Schulformen getrennt unterrichtet. Dieses Reformprojekt für mehr Chancengerechtigkeit hatte DIE LINKE im Koalitionsvertrag ge-

gen die SPD durchgesetzt. Die erste Gemeinschaftsschule im Bezirk Pankow ist die Schule in der Gudvangerstraße.

Am 9. Juli wurde zwischen dem Staatssekretär, Herrn Schlemm, der Bezirksstadträtin, Frau Zürn-Kasztantowicz und der Schulleiterin, Frau Anders-Neufang, eine Projektvereinbarung unterzeichnet und damit eine staatliche Zustimmungserklärung geschaffen.

Die Eltern haben bei Elternabenden in der Zeit des Schuljahresabschlusses ihre Akzeptanz zum neuen Modell zum Ausdruck gebracht. Die materielle Situation wurde und wird auch in Zukunft verbessert.

Klassenräume wurden hergerichtet und durch ein Architekturbüro ist ein Gesamtplan für die Schule mit ihren Freiflächen und dem Schulhof erarbeitet worden.

Hierfür sind besondere finanzielle Mittel aus dem Förderfonds Gemeinschaftsschule zur Verfügung gestellt worden.

Der weitere Umbau ist durch Mit-

tel des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ und Mittel aus dem Fonds für den baulichen Unterhalt des Bezirkes gesichert. Auch für die Jahre bis 2011 stehen Mittel aus dem Förderfonds zur Verfügung.

Um eine neue Qualität des Unterrichts und Lernens zu erreichen, konnten entsprechend qualifizierte und erfahrene Lehrer und Lehrerinnen gewonnen werden. Der gebundene Ganztagsbereich wird durch qualifizierte Erzieherinnen gestaltet. Es gibt bereits jetzt weitere Bewerbungen für die pädagogisch neue Art der Gestaltung der Ganztageserziehung an der Schule.

Die Schulverwaltung des Bezirkes wird, ihrer Verantwortung entsprechend, den Prozess der Neufindung begleiten. Die Hauptverantwortung hierfür liegt jedoch bei der Berliner Schulverwaltung.

Wir sind gespannt und werden weiterhin über Weg und Ergebnisse berichten.

Klaus Flemming

Marx, Kant, Allah und Gott

extraDrei sprach mit Steffen Zillich, Bildungspolitiker der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus, der die Volksinitiative „ProReli“ ablehnt:

Was hat die Kampagne von „ProReli“ mit dem Ethikunterricht zu tun?

Gemeinsamen Ethikunterricht gibt es in Berlin seit zwei Jahren. Religion ist hingegen freiwillig. „ProReli“, unterstützt von der CDU und den Kirchen, will Religion zum Pflichtfach machen. Hätte „ProReli“ Erfolg, müssten Schüler zwischen Religion und Ethik wählen. Es gäbe keinen gemeinsamen Ethikunterricht mehr.

Warum ist Ethik für Berlin so wichtig?

In Berlin leben Menschen aus fast 200 Nationen mit ganz unterschiedlichen religiösen und kulturellen Hintergründen. Diese Vielfalt ist die Stärke Berlins, stellt aber auch große Herausforderungen an das alltägliche Zusammenleben. Der weltanschaulich und



religiös neutrale Ethikunterricht soll dabei zum Kennenlernen und Verstehen von unterschiedlichen Lebensweisen und Vorstellungen sowie zur Verständigung über die gemeinsam anzuerkennenden Grundlagen des Zusammenlebens beitragen. Das geht nur, wenn alle daran teilnehmen.

Gegner des Fachs werfen Rot-Rot vor, den Religionsunterricht aus der Schule drängen zu wollen.

Nein. Die Trennung von Staat und Kirche wurde schon 1948 von Liberalen, Sozialdemokraten und Kommunisten im Schulgesetz vollzogen. Diese Regelung hat sich bewährt und ist für ein säkulares und multikulturelles Berlin ein Glücksfall.

...und der Ethikunterricht hat eine andere Aufgabe?

Ja. Als Bekenntnisunterricht kann kein Religionsunterricht die besondere Funktion des gemeinsamen und integrativen Fachs Ethik übernehmen. Es ist etwas anderes, ob man sich des eigenen Bekenntnis vergewissert oder gegenseitiges Verständnis einüben möchte; es ist etwas anderes, ob sich Christen untereinander über die Verständigung mit Muslimen unterhalten oder ob Muslime und Christen dies gemeinsam üben müssen. Weil letzteres so schwierig, aber so wichtig ist, brauchen wir den gemeinsamen Ethikunterricht.

Interview:
Sandra Brunner

Für starke Bezirke

Landesparteitag im Zeichen der Bezirke

Endlich. Nach jahrelangen erhitzten und teilweise zermürbenden innerparteilichen Debatten haben Vernunft und Solidarität gesiegt.

Der Leitantrag „Starke Bezirke für ein starkes Berlin“ zum Landesparteitag der Berliner LINKEN am 11. Oktober würde - bei Umsetzung in der Koalition - einen Paradigmenwechsel im Verhältnis Senat-Bezirk sowie bei deren Finanzierung herbeiführen.

Wer immer die schleichende Aushöhlung bezirklicher Handlungsspielräume erlebt und kritisiert hat und fassungslos mit ansehen musste, wie Finanzsenator Sarrazin (SPD) bezirkliche Strukturen als Steinbruch seines Turmbaus zu Babel der Entschuldung benutzte, muss Befriedigung über den vorliegenden Antrag der LINKEN empfinden.

Wer wissen will, worum genau es geht, kann sich an den Überschriften entlang hangeln: Stärkung der De-

mokratie, Neugestaltung der Aufgabenzuordnung zwischen Land und Bezirken, Verbesserung der personellen und finanziellen Ausstattung, Bildung bezirklicher Globalsummen, weg mit den Altschulden und Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in Berlin. Der Leitantrag „...fordert ... die Fraktion im Abgeordnetenhaus auf, bei den Verhandlungen über eine Änderung der Verfassung von Berlin vorrangig über die notwendige Stärkung der Handlungs- und Entscheidungskompetenzen der Bezirke und deren angemessene personelle und finanzielle Ausstattung zu verhandeln.“ Denn die SPD hat auf ihrem letzten Landesparteitag aus Angst vor dem Verlust von Stadtratsposten beschlossen, die in der Verfassung von Berlin festgelegte Einführung des politischen Bezirksamtes nach den nächsten Wahlen zu kippen.

Daher ihr Wunsch nach einer Verfassungsänderung. Der vorliegende

Beschlussentwurf der Partei DIE LINKE Berlin benennt nun den Preis, den der Koalitionspartner zahlen müsste, wenn wir dabei mitmachen sollen.

Aus Pankower Sicht wäre eine Durchsetzung der Forderungen des Antrages ein Erfolg, auch wenn einzelne Formulierungen durchaus unscharf und interpretationsfähig sind. Bezirksverband und -fraktion der Pankower LINKEN haben sich schon mehrfach für einen solchen Antrag eingesetzt, sich aber immer wieder die Hörner abgestoßen.

Wahrscheinlich hat erst die dramatische Zuspitzung der Situation in fast allen Bezirken der Einsicht zum Durchbruch verholfen, dass bezirkliche Egoisten am Ende allen schaden und die Sarrazinsche „Teile- und Herrsche“-Politik nur einen Gewinner kennt, die Hauptverwaltung.

Sören Benn
Bezirksvorstand



Antikriegstag

extraDrei sprach mit Professor Dr. Gerhard Engel, Historiker, bis 1992 an der Berliner Humboldt-Universität tätig:

Herr Professor Engel, kürzlich erschien im trafo Verlag Berlin Ihr Buch „Rote in Feldgrau. Kriegs- und Feldpostbriefe junger linkssozialdemokratischer Soldaten des Ersten Weltkrieges“. Wie sind Sie auf diese Feldpost gestossen?

Die 103 Briefe von zumeist Stuttgarter und Bremer Jungsozialisten befinden sich im Bundesarchiv, im dort verwalteten Nachlass von Wilhelm Eildermann, einem der Briefschreiber.

Was hat Sie an diesen Briefen besonders interessiert?

Erstens ist es die Aktualität solcher Zeitzeugnisse. Die von den Briefschreibern erlittenen Gräueltaten des Krieges und ihr Ringen um Klarheit über Kriegsursachen und Kriegsgewinnler sowie über mög-

liche Wege, Kriege als Mittel der Politik aus dem Leben der Völker zu verbannen, liest man heute vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Kriege – auch unter deutscher Beteiligung – immer noch und scheinbar selbstverständlich zum Alltag gehören.

Die Hinterlassenschaft der Kriegsgegner von damals ist aktuelle Anregung für Antimilitarismus und Kriegsgegner von heute.

Und zweitens: Über das in der familiären Feldpost Übliche hinaus widerspiegeln die Briefe die Diskussion unter Gleichgesinnten, die als Sozialdemokraten in den imperialistischen Krieg gezwungen wurden. Sie benutzen ihre Briefe als Aufklärungsschriften über den Charakter des Krieges. Die Briefe zeigen lebensvolle, gebildete junge Arbeiter mit höchstem Verantwortungsbewusstsein für das Schicksal ihres Volkes.

Was ist später aus den Briefschreibern geworden?



Berliner Friedensglocke

Zwei von ihnen fielen an der Front, die anderen gehörten zu aktiven Mitstreitern in der deutschen Revolution von 1918/19. Die meisten schlossen sich anfänglich der KPD an, verließen die Partei aber 1928 aus Protest gegen die zunehmende Verletzung der innerparteilichen Demokratie. Zwei wurden als Emigranten Opfer des Stalinschen Terrors. Die meisten engagierten sich nach 1945 beim Aufbau der DDR bzw. in linken Gruppierungen in der BRD.

Das Buch vermittelt also auch Lebensläufe und deren tragische Dramatik in der linken Bewegung des 20. Jahrhunderts.

Interview: Vera Gans
BO Am Steinberg

Das Letzte

Taschenspielertricks

Die Diskussion über die soziale Lage der Arbeitslosen, Rentner und bestimmter Vertreter des Mittelstandes spielt in der Öffentlichkeit eine besondere Rolle. Sie ist langwierig, hoffnungsvoll und wieder hoffnungslos. Die Genannten sind arm oder werden arm gemacht. Auf jeden Fall will der Staat nicht wirklich helfen und wenn doch, dann nur mit Versprechungen, die auf eine bessere Zeit, so Gott will, verträsten.

Und plötzlich schlug es ein. Der Generalsekretär einer großen Volkspartei umriss das ganze Problem mit einem für mich neuen Wort: Prekariat.

Ich fragte meine Frau, sie hob die Schultern und schüttelte den Kopf. Ich fragte meine Enkelin. Sie, die gerade mit Glanz ihr Abitur bestanden hat: „Eh, was soll das denn sein? Kenn ich nicht! Muss ich meinen Lehrer fragen. Fuck off, geht

nicht, ich bin ja nicht mehr in der Schule.“

Die befreundete Mitarbeiterin eines Jobcenters war mit der Problematik auch nicht vertraut.

Auch der neueste Duden gibt keine Auskunft. Also ab in die unendliche Informationsflut des Internets. Ausgangspunkt ist das Adjektiv prekär, schwierig, misslich, bedenklich. In Wikipedia schreibt man dazu: „Prekariat ist ein Begriff aus der Soziologie und definiert ‚ungeschützte Arbeitende und Arbeitslose‘ als eine neue soziale Gruppierung.“

Deutlicher formuliert es Alex Foti, italienischer Politologe: „Das Prekariat ist in der post-industriellen Gesellschaft, was das Proletariat in der Industriegesellschaft war. Es sind jene gemeint, die das Risiko der Beschäftigung tragen, keinen sozialen Schutz mehr besitzen bzw. dahin geführt werden.“

Noch einfacher gesagt. Das Prekariat hat per politischer Definition durchschnittlich 424 Euro monatlich zur Verfügung und das betrifft ca. 6,5 Millionen Menschen in Deutschland. Es sind einkommensschwache Selbständige, Angestellte auf Zeit, Praktikanten, auch chronisch Kranke, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und zunehmend auch wissenschaftlich arbeitende Angestellte.

Auch wenn der Begriff „Neue Un-



terschicht“ wissenschaftlich nicht exakt und plakativ sein soll, ich finde, der Begriff trifft es dann aber doch am Besten.

Warum diese gedankliche Akrobatik? Bekanntlich ist der Klassenbegriff aus der politischen Argumentation eliminiert worden. Mit dem Verwenden der Begriffe Prekariat und Arbeitnehmer im politischen Sprachgebrauch wird das wieder umgangen und das Proletariat abgetrennt. Dass es ausgerechnet die Sozialdemokratie ist, die solche verbalen Taschenspielertricks anwendet, ist keine besondere Überraschung. Ich habe dann meine Enkelin angerufen und sie, bei ihrem derzeitigen Taschengeld, aber hoffentlich vorübergehend, in der Bevölkerungsgruppe des Prekariats begrüßt.

Klaus Flemming

Roter Salon: Pankow: Woher, wohin?

Welche Erwartungen und Erfahrungen und Hoffnungen verbinden den Architekten Franz Schmid, die Buchhändlerin Renate Saavedra, den Caritas-Geschäftsführer Helmut Vollmar, den Handelsverbands-Geschäftsführer Nils Busch-Petersen und die Pfarrerin Ruth Misselwitz mit ihrem Kiez?

Diese Pankower habe ich eingeladen, mit mir in kultureller Atmosphäre zu sprechen.

Einen Impuls gibt Stadtrat Michail Nelken.

Ich lade Sie herzlich ein, mit dabei zu sein.

Am 26. September gegen 19.30 Uhr im Kavalierhaus, Breite Straße 46-47.

Dr. Klaus Lederer Abgeordneter

WANNWOWASWANNWOWASWANN

24. September 17.30 Uhr
18. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow von Berlin, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetensaal

30. September 18 Uhr
AG Jugend der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

30. September 18 Uhr
AG Jugend der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

06. Oktober 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S + U Schönhauser Allee

09. Oktober 19 Uhr
„Verstaatlichung oder Rekommunalisierung?“, Diskussion mit Dr. Klaus Lederer, Landesvorsitzender DIE LINKE Berlin und Treffen des Ortsteilverbandes Zentral-Pankow in den Räumen der Volkssolidarität, Wolfshagener Straße 74, Nähe S + U Pankow

13. Oktober 18 Uhr
„Der Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst“, Diskussion mit Dr. Wolfgang Albers, Stellv. Landesvorsitzender DIE LINKE und Treffen des Ortsverbandes Südlicher Prenzlauer Berg, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S + U Schönhauser Allee

15. Oktober 19 Uhr
„Townhouses oder Loft - Was nützt der Mietspiegel im Bötzwortel?“,

Stadtgespräch mit Marion Seelig, Abgeordnete und Dr. Michail Nelken, Bezirksstadtrat für Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung in der Betroffenenvertretung, Käthe-Niederkirchner-Straße 12

18. Oktober 10 Uhr
3. Tagung der 1. Hauptversammlung im BVV-Saal, Fröbelstraße 17, Nähe S Prenzlauer Allee

23. Oktober 17 Uhr
Bürgersprechstunde von Marion Seelig, Abgeordnete in der Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Straße 76, Nähe S + U Schönhauser Allee

28. Oktober 18 Uhr
AG Jugend der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10. September 2008
Druck: double express Auflage: 8.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 24. Oktober 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: Wohnanlage Prenzlauer-Gärten, Andreas Bossmann